

GdP: Kurz berichtet

Mai 2004



Wolfgang Erfurt als Polizeipräsident eingeführt

„Der Staat schützt seine Bürger - Strafverfolgung um jeden Preis?“

Suche nach neuen Schießanlagen

Polizei gewendet sich Blau

Grabschändung in Madrid

Niedersachsen beginnt „Führerschein mit 17

SPD will Steuerdumping nicht hinnehmen

CDU-Wirtschaftsrat will Steuerkürzung

Wirtschaftsmacht kontra Pressefreiheit

Schutzwesten

Buchempfehlung: Alles über Attac

Zur Erinnerung

Wolfgang Erfurt als Polizeipräsident eingeführt

In einer Feierstunde hat Innenminister Zuber den neuen Polizeipräsidenten in Kaiserslautern, Wolfgang Erfurt, offiziell in das Führungsamt beim PP Westpfalz eingeführt. Zuber betonte in seiner Rede die besondere Bedeutung des PP im Hinblick auf den Einsatz bei der Fußball-WM 2006.

Der Staat schützt seine Bürger - Strafverfolgung um jeden Preis?“

ist der Titel einer interessanten Veranstaltung in der Taberna Academica (Uni Mainz – Forum alte Mensa) am Donnerstag, dem 27. Mai, um 19:30h. Auf dem Podium diskutieren Prof. Dr. Christoph Gusy (Uni Bielefeld), Reinhard Mokros (Humanistische Union), MdL Beate Reich (SPD) und Thomas Will (GdP) – moderiert von Dr. Rolf Meier. Eingeladen hat die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ).

Suche nach neuen Schießanlagen

MdL Marlies Kohnle-Gros erkundigte sich in einer Kleinen Anfrage nach den Übungsmöglichkeiten der Polizei auf Schießanlagen. Das Ministerium berichtete über die Untersuchung der Schießstände auf erhöhte Bleiwerte, auf Grund derer 8 Schießstände von der weiteren Benutzung ausgeschlossen wurden. In sechs Schießständen darf reduziert auf 400 Schuss pro 2 Stunden weitergeübt werden. Das ISM strebe „den Bau von drei polizeieigenen Schießanlagen an“ und prüfe „derzeit mit dem Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) vorrangige Realisierungsalternativen“. Wie die GdP in Erfahrung bringen konnte, befindet sich das ISM in intensiven Beratungen mit dem Finanzministerium zur Finanzierung der Bauvorhaben. Die Entscheidung stehe aber noch aus.

Polizei gewandet sich Blau

Niedersachsens Polizisten sollen künftig in dunkelblauen Uniformen auf Streife gehen. Ab nächstem Jahr werde die grün-beige Dienstkleidung der 13 700 Beamten Schritt für Schritt umgestellt, kündigte Innenminister Uwe Schönemann (CDU) an. Die Anschaffung solle kostenneutral sein. Auch Polizeiautos sollen künftig blaue statt grüne Streifen tragen.

Grabschändung in Madrid

Unbekannte haben das Grab des Polizisten geschändet, der bei dem Sturm auf eine Wohnung mutmaßlicher Terroristen bei Madrid Anfang April ums Leben kam. Der Sarg wurde aus dem Grab geholt, mit Benzin übergossen und in Brand gesetzt. Für das Motiv gab es zunächst keine Anhaltspunkte.

Francisco Javier Torronteras wurde getötet, als Polizisten einer Spezialeinheit am 3. April mehrere mutmaßliche Terroristen festnehmen wollten. Die Verdächtigen sprengten sich selbst in die Luft, sieben von ihnen kamen ums Leben. Mindestens drei wurden beschuldigt, die Bombenanschläge auf vier Pendlerzüge in Madrid am 11. März ausgeführt zu haben, bei denen 191 Menschen getötet wurden.

Niedersachsen beginnt „Führerschein mit 17

In Hannover gab Verkehrsminister Walter Hirche (FDP) den offiziellen Startschuss für den Modellversuch „Führerschein mit 17“. Im ersten Jahr dürfen sie nur in Begleitung eines Erziehungsberechtigten und nur in Deutschland fahren. Geben sie allein Gas und werden erlappt, sind sie den Führerschein bis zum 18. Geburtstag wieder los und müssen 50 Euro Strafe zahlen. Das Land hofft, dass durch das begleitete Fahren die Zahl der Unfälle mit jungen Menschen hinterm Steuer sinkt.

SPD will Steuerdumping nicht hinnehmen

Im Kampf gegen den Umsatzsteuerbetrug machen die Bundesländer Druck. Schon in den nächsten Wochen kann ein Planspiel starten, mit dem eine weitgehend betrugsresistente Ausgestaltung des Umsatzsteuerrechts getestet wird. Ein entsprechendes Vorgehen haben die Länderfinanzminister beschlossen. Der rheinland-pfälzische Finanzminister Gernot Mittler, einer der Initiatoren des Beschlusses, freute sich über das „klare Votum“: Alle Beteiligten hätten deutlich gemacht, dass sie im Kampf gegen den Umsatzsteuerbetrug „gemeinsam nach vorn marschieren“. Das renommierte Münchner ifo-Institut schätzt, dass dem Staat allein im Vorjahr 17,6 Milliarden Euro an Umsatzsteuer entgangen sind.

Nach Ansicht Mittlers liegt das wesentlich am organisierten Betrug, der immer dreister die Schwachpunkte des aktuellen Systems ausnutze. Mittler: „Früher hieß es, wir überfallen eine Bank. Heute heißt es, wir betrügen das Finanzamt mit der Umsatzsteuer.“

Das Reverse-Charge-Modell: Bei diesem System wird die Umsatzsteuerschuld verlagert - vom leistenden Unternehmer auf den Leistungsempfänger. Das hat zur Folge, dass keine Vorsteuererstattungen mehr erschlichen werden können. Der Gesetzgeber und die Behörden, so Mittler, bräuchten „schnell mehr empirisches Know-how“, wie „möglichst einfach und effektiv“ gegen den Umsatzsteuerbetrug vorgegangen werden könne. Mit den Ergebnissen ist in einem Jahr zu rechnen.

Mittler: „Wir können keine weitere Zeit verlieren.“
Das findet die GdP auch!

CDU-Wirtschaftsrat will Steuerkürzung

Der Wirtschaftsrat schlägt einen dreistufigen Tarif vor, der den Spitzensteuersatz auf 30 % absenken würde und berechnet hierfür Steuerausfälle von ca. 53 Milliarden € Er geht damit über die radikalen Steuereinsparpläne von CDU-Merz noch hinaus. Bei Verwirklichung dieser Vorschläge können die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bald wieder ihr Schreibpapier, Bleistifte und Brikett für den Winter selbst mitbringen.

Wirtschaftsmacht kontra Pressefreiheit

Die Süddeutsche Zeitung (SZ) hatte über schikanöse Arbeitsbedingungen und massive Wahlbehinderungen bei der erstmaligen Gründung von Betriebsräten beim Discounter ALDI Süd berichtet. Noch am Tag des Erscheinens der SZ kündigte ALDI alle Anzeigen für Bayern „bis auf weiteres“. Der Schaden für den Verlag beziffert sich auf etwa 1,5 Millionen €

Das ist ein probates Beispiel für den Eingriff der Wirtschaft in die angebliche Pressefreiheit.

Schutzwesten

Die vom rheinland-pfälzischen Innenministerium beauftragte Fa. Second Chance hat Probleme mit ihrem Zulieferer und kann wegen des fehlenden Zylon-Gewebes die restlichen 914 nicht mehr liefern. Von den 6.000 bestellten Westen wurden 5.086 ausgeliefert. Die Zentralstelle für Polizeitechnik (ZPT) wurde beauftragt, die Konsequenzen zu prüfen. Die GdP forderte das Ministerium auf, eine evtl. notwendige Neuausschreibung mit Hochdruck voran zu treiben.

Buchempfehlung: Alles über Attac

Attac Deutschland ist gerade vier Jahre alt geworden, hat sich rasant entwickelt und genießt große Aufmerksamkeit. Das neu verfasste Buch gibt Einblick und Überblick über das, was Attac ist und was Attac macht – ein Handbuh für Aktive und Interessierte. Mit „Globalisierung ist kein Schicksal“ ist der erste Teil umschrieben; WTO, Steueroasen, Privatisierung, Globalisierung und Krieg finden sich im zweiten Teil. Ergänzt werden die inhaltlichen Schwerpunkte durch Erläuterungen der Netzwerkstruktur von Attac und die bundesweiten Arbeitszusammenhänge: „Einig in der Vielfalt“.

Das Buch kann bei der GdP in Mainz bezogen werden. Preis: 7,90 €

Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Verreisen? Auto kaufen? PSW 06131/96009-0.

v.i.S.d.P.: Ernst Scharbach +++ Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz